

## **AufRecht bestehen!**

### **Ratschlag zur Verteidigung sozialer Grundrechte**

**am Mittwoch, den 13.04.2016**

**von 17.00 bis 21.00 Uhr**

**Cafeteria der Stadtteilschule St. Pauli, Bernhard-Nocht-Str. 12**

Veranstalter\_innen: Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Hamburg;  
Hamburger Netzwerk SGB II; Flüchtlingsrat Hamburg

Politische und soziale Grundrechte, wie sie seit 50 Jahren in der UN Grundrechte-Charta verankert sind, gelten im Selbstverständnis unserer modernen Gesellschaft als garantiert. Dennoch wird die Inanspruchnahme sozialer Rechte politisch zunehmend an Bedingungen und Pflichten geknüpft. Die Forderung, dass Menschen, die sozialstaatliche Hilfe und Leistungen in Anspruch nehmen, sich im Rahmen disziplinarischer und autoritärer Normen bewähren sollen, mutiert zum gesellschaftlichen Konsens. Hierzu einige Beispiele:

- Wer auf Hartz IV angewiesen ist, muss sich zu jeder vom Amt verordneten Arbeit bereitfinden, ist von der Streichung des Existenzminimum bedroht oder darf ohne die Einwilligung vom Amt nicht von zu Hause ausziehen.
- Wer als Jugendliche\_r in die Heimerziehung kommt, hat sich oft einem Reglement zu unterwerfen, das soziale Kontakte und Ausgangszeiten einschränkt. Mangelnde Anpassung gilt als nicht zu tolerierender Widerstand, der gebrochen werden muss.
- Wer Drogen gebraucht und auf alltägliche Überlebenshilfe angewiesen ist, bekommt diese häufig nur, wenn er oder sie Entzugswilligkeit zeigt oder vortäuscht.
- Wer in der Psychiatrie auf qualifizierte therapeutische Hilfe hofft, muss sich damit abfinden, eher mit Medikamenten ruhig gestellt zu werden, weil das Personal fehlt.

- Wer als Geflüchtete\_r aus dem falschen Land kommt, muss damit rechnen als Wirtschaftsflüchtling stigmatisiert, von Sozialleistungen ausgeschlossen und zur „freiwilligen“ Ausreise gedrängt zu werden.

Gegen die Aushöhlung bürgerlicher und sozialer Grundrechte und die Akzeptanz repressiver pädagogischer Konzepte in der Verwaltungspraxis wie in der Sozialen Arbeit müssen wir für ein emanzipatorisches Menschenbild, humane Werte und soziales Fachwissen eintreten.

**Der Ratschlag lädt alle sozialpolitisch Interessierten und Aktiven ein, sich über die Situation in den verschiedenen sozialen Bereichen auszutauschen und politische Handlungsmöglichkeiten auszuloten.**

Nach kurzen Inputs aus den Bereichen SGB II, Jugendhilfe, Flucht und Migration, Drogenhilfe und Psychiatrie werden wir in themenübergreifende Gruppen die Analysen und Forderungen diskutieren. Diese können wir dann am Tag darauf gemeinsam laut und bunt auf die Straße tragen.

Für einen Abendimbiss wird gesorgt.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Kundgebung und Straßenaktion:  
AufRecht bestehen !  
Do, 14.4.16 um 17 Uhr  
Ida-Ehre-Platz / Mönckebergstrasse  
(neuer Ort!!)**